

5. Bildungsgerechtigkeit in den Wahlprogrammen der Parteien 2021

5.1 Einleitung: Das Politikziel und seine Herausforderungen

Dieses Kapitel befasst sich mit dem Politikziel Bildungsgerechtigkeit. Der Fokus liegt auf der frühkindlichen und schulischen Bildung, da hier die Grundsteine für die Teilhabe- und Aufstiegschancen im Leben eines Menschen gelegt werden. Neben direkten Fördermaßnahmen zur Bekämpfung von Bildungsungerechtigkeit, fallen darunter unter anderem auch (in)direkte finanzielle Förderung von Kindern (zum Beispiel Zugang zur Kita, Ressourcen, Kindergeld/-grundsicherung), sprachliche Voraussetzungen/Förderungen, die Ausgestaltung des Schulsystems (differenziert vs. einheitlich), ganzheitliche Bildung (zum Beispiel Ganztagschulen oder infrastrukturelle Angebote für Kinder) und weitreichendere Fragen der Zuständigkeit und Kooperation zwischen Bund und Ländern. Über die frühkindliche und schulische Bildung hinaus sind weitere Bildungsbereiche wie Ausbildung, Weiterbildung und Hochschulen aus der Betrachtung ausgeschlossen. Ferner bezieht sich der Begriff »Gerechtigkeit« auf soziale Unterschiede – etwa im Hinblick auf den familiären, sozioökonomischen und bildungssozialen Hintergrund – zwischen Kindern und Jugendlichen, die den Zugang zu und das Erlangen von Bildung erleichtern oder erschweren. Damit werden andere Faktoren, zum Beispiel Diskriminierungserfahrungen aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Identität, die die Teilhabe am Bildungssystem beeinflussen können, in diesem Bericht nicht nähergehend beleuchtet.

Wie stellt sich die Problemlage nun dar? Spätestens der sogenannte »PISA-Schock«, der Deutschland 2000 ereilte, führte die Defizite des deutschen Bildungssystems eindeutig vor Augen. In diesem Jahr

wurden erstmals die OECD-weiten Schulleistungsuntersuchungen unter Fünfzehnjährigen (PISA), die mittlerweile alle drei Jahre erhoben werden, durchgeführt. Nicht nur schnitt Deutschland im internationalen Vergleich relativ schlecht ab; auch zeigte sich, dass Bildung in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängt. Kinder aus sozial schwachen Familien zeigten weitaus schlechtere Ergebnisse (OECD 2016; Bundeszentrale für politische Bildung 2013; Baumert 2001). Im Bereich Lesekompetenz gab es in Deutschland die größten Unterschiede in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Status (Geißler/Weber-Menges 2010). Seitdem gibt es immer wieder Diskussionen und auch Versuche, das Bildungssystem zu reformieren, unter anderem indem Bildungsstandards in den Bundesländern vereinheitlicht werden. In den folgenden PISA-Studien konnte Deutschland den Stand im internationalen Vergleich zwar verbessern, aber dennoch liegen auch die Ergebnisse der letzten Jahre nur leicht über dem OECD-Durchschnitt, sind teils abflachend oder gar mit rückläufiger Tendenz, und es existiert nach wie vor eine soziale Schichtung bei den Bildungschancen (Bundesregierung 2019).

Dieses Bild zeigt sich auch in weiteren Studien: So hat die 2016 veröffentlichte IGLU-Untersuchung gezeigt, dass »Kinder aus der obersten Schicht (»obere Dienstklasse«) eine fast vier Mal höhere Chance als Kinder von Facharbeitern [haben], eine Empfehlung für das Gymnasium zu bekommen« – bei gleichen kognitiven Fähigkeiten (Hopf/Edelstein 2018: 93). Kinder von Akademiker:innen beenden ihre Schulkarriere mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50 Prozent mit dem Abitur, wohingegen Kinder von ungelernten Arbeiter:innen eine weitaus geringere Wahrscheinlichkeit haben, die Schule mit dem Abitur abzuschließen (Hopf und Edelstein 2018). Zudem zeigen sich für Jugendliche mit Migrationshintergrund starke Nachteile. Auch eine von der UNICEF in Auftrag gegebene und 2018 veröffentlichte internationale Studie verweist auf die Herausforderungen in Deutschland im unteren Bildungsbereich. Es gibt also noch immer einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg – auf allen Ebenen. Schon bei der Frage nach den Vorstellungen und Wünschen zeigen sich Unterschiede: Bei gleichem Leistungsniveau kann sich jede:r vierte Jugendliche aus bildungsnahen Familien vorstellen, zu studieren, aus bildungsfernen Elternhäusern ist es dagegen nur jede:r siebte. Zudem zeigen sich deutliche Disparitäten zwischen Schüler:innen mit deutscher Herkunft und jenen mit Migrationsgeschichte (Spiegel 2018;

UNICEF 2018). Eine ebenfalls 2018 veröffentlichte Studie der OECD weist zudem auf eine doppelte Benachteiligung hin: »Kernproblem ist, dass fast die Hälfte der sozial benachteiligten 15-Jährigen in Deutschland auf Schulen gehen, die selbst in einem ungünstigen sozialen Umfeld liegen.« (Deutschlandfunk 2018). Das Umfeld und die Konzentration benachteiligter Schüler:innen sei ein größeres Problem als der einzelne spezifische Hintergrund.

Die Politik selbst veröffentlicht seit 2006 im zweijährigen Rhythmus einen »Nationalen Bildungsbericht«: ein »indikatorengestützter Bericht, der das deutsche Bildungswesen als Ganzes abbildet und von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter reicht.« (Nationaler Bildungsbericht 2020).¹ Auch dieser Bericht erkennt an, dass es herkunftsbedingte Ungleichheiten gibt, die es mit »Bildung von Anfang an« auszugleichen bedarf. So lag etwa 2019 die Bildungsbeteiligungsquote bei unter 3-Jährigen ohne Migrationsgeschichte bei 42 Prozent, während diese bei Kindern mit Migrationsgeschichte nur bei 21 Prozent lag, und Schüler:innen mit hohem Sozialstatus schlugen mit 79 Prozent fast 3-mal so häufig die Gymnasialaufbahn ein wie Gleichaltrige mit niedrigem Sozialstatus (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020).

In Bevölkerungsumfragen zeigt sich, dass Bildung und soziale Gerechtigkeit zentrale Wahlthemen sind. Laut einer vor der Bundestagswahl 2017 von YouGov durchgeführten Umfrage waren für rund zwei Drittel der Befragten »Soziale Gerechtigkeit« und »Bildung und Erziehung« wichtige Themen für ihre Wahlentscheidung – das waren deutlich mehr als bei den Themen Wohnen, Einwanderung und Umwelt/Energie (Suhr 2017). Zudem sahen laut einer vom Ersten Programm in Auftrag gegeben Studie sechs von zehn Befragten »gleiche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft« als wichtigstes bildungspolitisches Ziel (Das Erste 2017).

Eine Besonderheit des Politikfeldes Bildung ist die föderale Zuständigkeit. Das Grundgesetz regelt, dass die Bundesländer und nicht der Bund für die Bildungspolitik zuständig sind (Kulturhoheit). Dies

1 Zurückzuführen ist dies auf eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern aus dem Jahr 2004. Der Bericht wird im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bildungs- und Forschungsministeriums (BMBF) unter Federführung des DIPF | »Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation« erstellt.

führt dazu, dass es zwischen den Bundesländern mitunter große Unterschiede in der Ausgestaltung des Bildungssystems gibt, unter anderem hinsichtlich der Kita-Beiträge, der Schulsysteme, der Anzahl von Schuljahren (Abitur nach zwölf oder 13 Jahren) und dem Fächerangebot. Zwar gibt es mit der Kultusministerkonferenz (KMK) ein Forum, in dem sich die Bundesländer regelmäßig austauschen. Allerdings ist die KMK nicht im Grundgesetz verankert und Absprachen haben keine rechtliche Bindung. Sowohl gesellschaftlich als auch wissenschaftlich ist umstritten, inwieweit diese historisch begründete föderale Zuständigkeit von Vor- oder Nachteil für das Bildungssystem ist (Schwager 2005; Helbig 2012). Eine Herausforderung, die etwa vom »Allgemeinen Schulleitungsverband Deutschlands« angeprangert wird, sind die ungleichen Bildungschancen, die sich beim Schulwechsel in ein anderes Bundesland ergeben (Wolters-Vogeler 2016). Auch stellt der Föderalismus für viele Akteure und Wissenschaftler:innen eine Herausforderung dar, wenn es darum geht, effektive Lösungen für herkunftsbedingte Unterschiede und Ungleichheiten im Bildungssystem zu finden und zu implementieren.

Eine besondere Herausforderung für die letzte Regierung war die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schließungen von Kitas und Schulen. Einige Studien weisen bereits darauf hin, dass es in der Bereitstellung von Lernmaterialien in Zeiten des Distanzunterrichts deutliche Unterschiede zwischen Gymnasien und anderen Sekundarschulen sowie zwischen privaten und öffentlichen Schulen gab und dass Privatschüler:innen in Zeiten der Schulschließungen häufiger Videounterricht als andere Schüler:innen erhielten sowie nach dem Shutdown häufiger wieder regulär zur Schule gehen konnten (Huebener/Spieß/Zinn 2020). Welche mittel- und langfristigen Folgen sich aus diesen und anderen Ungleichheiten für das deutsche Bildungssystem ergeben, bleibt abzuwarten.

5.2 Wie wichtig ist es?

Wie häufig wird Bildungsgerechtigkeit in den Wahlprogrammen thematisiert? Dem Politikziel widmen die Parteien im Schnitt über 1.700 Wörter und über 3,9 Prozent der Gesamtlänge ihrer Wahlprogramme. Es gibt bedeutende Unterschiede zwischen den Parteien (siehe Tabelle 5.1). Gemessen an der relativen Bedeutung des Politikziels, das heißt,

dem Anteil an der Gesamtlänge, zeigt sich, dass Bildungsgerechtigkeit am häufigsten von der Partei Die Linke thematisiert wird: der Anteil an der Gesamtlänge beträgt 4,7 Prozent. Auch bei Grünen, SPD und FDP nimmt das Politikziel Bildungsgerechtigkeit mit über vier Prozent einen bedeutenden Anteil des Wahlprogramms ein. Die AfD (3,3 Prozent) und die Union (2,7 Prozent) thematisieren Bildungsgerechtigkeit weitaus weniger.

Tabelle 5.1: Bedeutsamkeit (Salienz) des Politikziels Bildungsgerechtigkeit in den Wahlprogrammen der Parteien 2021

Wahlprogramme		Anzahl der Wörter		Salienz
	Std-Seiten	insgesamt	BG	Anteil in %
SPD	98	24505	1099	4,48
CDU/CSU	179	44763	1193	2,67
B90/Die Grünen	270	67456	2936	4,35
FDP	143	35842	1448	4,04
AfD	102	25379	844	3,33
Die Linke	286	71467	3351	4,69

Anmerkung: BG: Bildungsgerechtigkeit. Sortierung der Parteien nach dem Bundestagswahlergebnis 2021.

Trotz dieser Unterschiede zwischen den Parteien spielen bildungspolitische Themen aber bei allen Parteien eine nicht zu vernachlässigende Rolle: drei bis fast fünf Prozent der Gesamtlänge eines Wahlprogramms stellen beachtliche Anteile dar. Dem Politikziel kommt also insgesamt eine entscheidende Bedeutung zu, auch wenn besonders die gesellschaftspolitisch linken Parteien dem Politikziel eine noch wichtigere Rolle als die gesellschaftspolitisch rechten Parteien zuschreiben.

5.3 Welche Pläne haben die Parteien?

Der vorausgegangene Abschnitt hat gezeigt, dass Bildungsgerechtigkeit in den Programmen aller Parteien einen bedeutenden Platz einnimmt,

es aber auch Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung des Politikziels zwischen den Parteien gibt. Und nicht nur das, es gibt auch inhaltliche Differenzen zwischen den Parteien. So unterscheiden sich die Parteien zum Teil sehr stark in ihren Problemanalysen und inhaltlichen Schwerpunkten. Grob lassen sie sich in drei Lager einteilen: 1. das »linke Lager«, bestehend aus den Parteien Die Linke, den Grünen und der SPD (in abnehmender Stärke der Reformbestrebungen), das aus sozioökonomischen Unterschiedenen resultierende Bildungsungerechtigkeit als zentrales Problem benennt, 2. die FDP im eher »liberalen Lager« mit der Vision einer Leistungsgesellschaft, und 3. die AfD im »national-konservativen Lager«, welche Probleme in der Bildung vor allem auf die Einwanderung zurückführt. Allerdings sind diese Lager nicht trennscharf; so finden sich etwa bei der FDP durchaus auch Maßnahmen, die zumindest im Ansatz eine linke Prägung aufweisen. Die CDU/CSU ist schwerer einzuordnen, da sie sich relativ selten zu dem Politikziel äußert und wenig konkrete Versprechen für die Zukunft macht.

Die Linke äußert sich umfassend zu bildungspolitischen Themen und sieht Bildungsungerechtigkeit als ein großes gesellschaftliches und politisches Problem in Deutschland, das schon vor der Corona-Krise bestand, durch diese aber noch verstärkt wurde: »Die Corona-Krise hat die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus deutlich zu Tage treten lassen: während die einen um die Bildung ihrer Kinder bangen mussten, steigerten große Konzerne ihre Gewinne.« Kritik an sozioökonomischer Ungleichheit und am Kapitalismus sowie die Diagnose einer »sozialen Spaltung« sind seit jeher zentrale Motive der Partei Die Linke und werden offensichtlich auch in Verbindung mit bildungspolitischen Herausforderungen und »Versäumnissen« der jetzigen und vorherigen Regierungen gebracht. Die Linke strebt einen Wandel hin zu einem inklusiven Bildungssystem auf allen Ebenen an. So soll es etwa »Eine Schule für alle« mit Ganztagsbetreuung geben und damit das differenzierte Schulsystem aufgehoben werden. Die Idee einer ganzheitlichen Bildung ist dabei von zentraler Bedeutung, die über die Ganztagsbetreuung hinaus auch über die Bereitstellung von infrastrukturellen Angeboten realisiert werden soll. Ziel ist die Bereitstellung von »Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken etc. [... die ...] niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah im Lebensumfeld und möglichst gebührenfrei« sind. Die Linke will ein »Teilhabegesetz für Kinder und Jugendliche«, um so einen »Rechtsanspruch auf soziale Teilhabe« zu sichern. Bildung soll aus Sicht der Partei Die Linke in der öffent-

lichen Hand bleiben, beziehungsweise in diese zurückgeführt werden (keine Privatisierung). Es brauche mehr Investitionen, unter anderem im frühkindlichen Bereich für den kostenfreien Besuch der Kita und im schulischen Bereich für mehr Sozialarbeiter:innen und eine bessere Ausstattung der Schulen: »Gerade in sogenannten Brennpunktschulen fehlt das Geld.« Auch spielt die »mehrsprachige Sozialisation« für Die Linke eine entscheidende Rolle, unter anderem soll das Ablegen von schulischen Prüfungen in der Herkunftssprache ermöglicht werden. Zudem soll für geflüchtete und zugewanderte Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Zugang zu frühkindlicher und schulischer Bildung gesichert werden (alle Zitate dieses Absatzes aus dem Wahlprogramm der Partei Die Linke 2021).

Grüne und SPD haben ähnliche Problemanalysen und Visionen wie Die Linke – wenngleich sie dabei etwas zurückhaltender und moderater sind. Auch sie sehen aus sozialen Unterschieden resultierende Ungerechtigkeiten im Bildungssystem und fordern, dass der Staat investieren muss – auch und besonders, um den durch die Corona-Pandemie noch verstärkten Benachteiligungen entgegenzuwirken.

Die SPD macht zwar kein konkretes Versprechen in Bezug auf die Corona-Pandemie, sie sieht aber auch, dass sich besonders »[d]urch die Einschränkung des Präsenzunterrichts während der Pandemie [...] die Verbindung von Bildungserfolg und Familienhintergrund zu verfestigen und Bildungsbenachteiligungen zu verstärken« drohen. Wie Die Linke setzt sich auch die SPD für ein gerechteres, inklusiveres und ganzheitliches Bildungssystem ein, indem sie unter anderem ein Recht auf Ganztagsbetreuung und mehr Mittel für Schulsozialarbeit fordert – wobei sie aber in ihren Forderungen im Vergleich zu Die Linke moderater ist. Hinsichtlich der Idee einer ganzheitlichen Bildung verspricht auch die SPD die soziale Teilhabe von Kindern in den Blick zu nehmen. Sie will das Bundesprogramm »Gemeindehaus 2.0« initiieren, um so »Angebote unter einem Dach [zu] bündeln: außerschulische Bildung, Sport, Kultur und Jugendarbeit, Netzwerke für den Kinderschutz, barrierefreie digitale Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen« (alle Zitate dieses Absatzes aus dem Wahlprogramm der SPD 2021).

Um die Bildungskosten der Corona-Pandemie abzufedern, fordern die Grünen ganz offensiv einen »Corona-Rettungsschirm für Kinder und Jugendliche«, denn die »Pandemie hat tiefe Spuren hinterlassen, gerade bei Kindern, die es zu Hause auch davor schon schwerer hatten«. Auch für die Grünen ist ein inklusives, ganzheitliches Bildungssystem

eine zentrale Vision, die sich unter anderem in ihren Versprechen zu einem Recht auf Ganztagsbetreuung, Schulsozialarbeit und kostenfreie Kitas spiegelt – wobei sie in ihren Forderungen jedoch oft weniger konkret sind als Die Linke und SPD. Wie Die Linke und die SPD sind auch die Grünen der Meinung, dass es für einen ganzheitlichen Bildungsansatz mehr bedarf als die rein schulische Bildung, zum Beispiel: »Kulturelle Bildung muss zu einem elementaren Bestandteil unseres Bildungssystems werden«. Aber sie sind weitaus zurückhaltender als die SPD und Die Linke, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen über den Zugang infrastruktureller Angebote direkt thematisieren. Wie Die Linke sehen die Grünen, dass »Mehrsprachigkeit [...] als Reichtum begriffen werden [sollte] und nicht als Defizit.« – allerdings folgen daraus keine konkreten Maßnahmen. Ein zentraler Unterschied zu Die Linke besteht in der Frage, ob der Bund mehr Kompetenzen bekommen soll. Die Grünen wollen den Ländern Bundesmittel für Infrastruktur und Lehrpersonal zur Verfügung stellen, machen aber dabei deutlich: »Wir wollen dies im Rahmen der Befugnisse des Bundes fördern.« Ein Alleinstellungsmerkmal der Grünen ist zudem, die Verknüpfung von Bildung und Nachhaltigkeit: »Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie die klassische Umweltbildung sind der Schlüssel zur notwendigen gesellschaftlichen Transformation.« Was hinter dieser Vision konkret steht, wird aus dem Wahlprogramm der Grünen allerdings nicht ersichtlich (alle Zitate dieses Absatzes aus dem Wahlprogramm der Grünen 2021).

Für die FDP als Vertreterin des eher liberalen Lagers ist Bildung »die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben« und eine »Chance zum sozialen Aufstieg«. Sie will »faire Aufstiegschancen«, aber anders als im linken Lager sind für die FDP Wettbewerb und Differenzierung dabei zentrale Mittel und Ziele, zum Beispiel durch den Erhalt eines differenzierten Schulsystems.² Sie will die wirtschaftliche Kompetenz von Schüler:innen fördern, vor allem durch die bundesweite Einführung der Schulfächer »Wirtschaft« und »Information« und mit der Errichtung von »MakerSpaces«, um »Kreativität und das Interesse an unternehmerischen und selbstständigen Lebenswegen« zu fördern. Darüber hinaus

2 Diese Unterschiede drücken sich auch bereits in einer anderen Rhetorik aus, so schreiben etwa Grüne und Die Linke in ihren Programmen von »gleichen Lebenschancen« und nicht von Aufstiegschancen.

spricht sie sich für die »Einbindung außerschulischer Akteure und Initiativen« aus, besonders im wissenschaftlichen Bereich, etwa durch die Stärkung von Initiativen wie das »Haus der kleinen Forscher«. Trotzdem sieht auch die FDP, dass es soziale Nachteile gibt, die sie mit bedarfsorientierten Fördermaßnahmen angehen will, etwa durch die Förderung des Aufbaus von sogenannten Talentschulen »insbesondere in kinderreichen Stadtteilen und in Regionen mit großen sozialen Herausforderungen«³, durch »eigenverantwortlich[e] individuelle Förderkonzepte für Kinder und Jugendliche mit mehr Förderbedarf« (»German Dream Zuschuss«) und die Schaffung von »Aufstiegsscouts [...]«, die als Ansprechpersonen für Schülerinnen und Schüler fungieren, die sich über die Chancen und Wege zu einer Berufsausbildung oder zu einem Studium informieren möchten«. Auch die FDP bezieht sich im Zusammenhang mit Bildung auf Corona, allerdings nicht im Sinne einer Verschärfung der Ungleichheiten, wie das im linken Lager der Fall ist, sondern hinsichtlich des Sichtbarwerdens von Versäumnissen in der digitalen Ausstattung und Kompetenz: »Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die finanziellen Mittel für WLAN und Hardware allein nicht ausreichend sind, um im Notfall digitalen Unterricht von zu Hause aus zu ermöglichen.« Die FDP will zwar »altersgerechte Vermittlung von Fremdsprachen im Kindesalter« fördern, aber spricht in diesem Zusammenhang nicht explizit davon, die Herkunftssprachen von Kindern in das Bildungssystem zu integrieren (wie im linken Lager), sondern sieht Sprachkenntnisse eher als Kompetenz für das spätere Arbeiten in einer »globalisierten Arbeitswelt«. Die FDP will, »dass jedes Kind mindestens ein Jahr vor der Einschulung an einem Deutschtest teilnimmt«. Hinsichtlich der Zuständigkeit im Bildungsbereich fordert die FDP einerseits mehr Vereinheitlichung durch bundesweite Abschlussprüfungen sowie »eine Reform des Bildungsföderalismus und eine Grundgesetzänderung, damit Bund und Länder« zusammenarbeiten können. Andererseits sollen die Schulen mehr Autonomie erhalten, insbesondere über ein eigenes Budget (alle Zitate dieses Absatzes aus dem Wahlprogramm der FDP 2021).

In der Problemanalyse und zum Teil auch in den inhaltlichen Schwerpunkten der AfD spiegelt sich das rechtsnationale Profil der

3 Siehe etwa das Förderprogramm in NRW, das die FDP als Vorbild benennt: <http://www.land.nrw/de/tags/talentschule>

Partei wider. Sie spannt den Bogen von der Bildungspolitik zur Einwanderung – eines ihrer zentralen Themen. So steht im AfD-Programm: »Die Integration von Migranten ist eine Herausforderung für das deutsche Bildungssystem, da viele von ihnen anderen Kulturkreisen und zudem oft bildungsfernen Schichten entstammen.« Auch steht im AfD-Programm: der »Bildungsstand soll als ein wesentliches Entscheidungskriterium [...] bei einer rational gesteuerten Einwanderungspolitik« berücksichtigt werden. Schulpflichtige Asylbewerber:innen sollen laut der AfD mit dem Ziel beschult werden, »diese auch für die Möglichkeit ihrer Rückkehr in ihr Heimatland vorzubereiten. Der Lernfortschritt einheimischer Schüler darf nicht beeinträchtigt werden.« Somit ist für die AfD auch »ein Unterricht in ihrer Muttersprache« eine Option – allerdings aus ganz anderen Motiven als für Die Linke, die Mehrsprachigkeit im Bildungssystem als Ziel hin zu einem inklusiven und integrativen Bildungssystem formuliert. Die deutsche Sprache soll nach dem Willen der AfD in allen Bildungseinrichtungen erhalten und »nicht durch andere Sprachen zurückgedrängt werden«. Ferner stellt sich die AfD gegen »Gleichmacherei« und sieht Differenzierung – besonders in Form eines differenzierten Schulsystems (inklusive Förder- und Sonderschulen) – als Weg zur Bildungsgerechtigkeit. Corona wird von der AfD im Zusammenhang mit Bildung nur insofern thematisiert, als dass sie das »Tragen von Masken in Kindertagesstätten, Horten und Schulen« ablehnt (alle Zitate dieses Absatzes aus dem Wahlprogramm der AfD 2021).

Die CDU/CSU ist inhaltlich schwerer einzuordnen, da sie Bildungsgerechtigkeit im Vergleich zu den anderen Parteien relativ selten erwähnt und oft eher über das Erreichte schreibt, als konkrete Versprechen für die Zukunft zu machen. Auf Grundlage der Aussagen im Wahlprogramm lässt sich ausmachen, dass die Partei soziale Unterschiede als eine Herausforderung sieht – das geht in die Richtung des linken Lagers, aber die Union äußert sich hier viel zurückhaltender. Sie gibt das »Zukunftsversprechen Aufstieg durch Bildung. [...] Jedes Kind soll seinen Möglichkeiten entsprechend von Anfang an gefördert werden, gerade auch in sozial schwierigen Lagen.« Die Union erkennt an, dass die Corona-Pandemie eine Herausforderung darstellt, unter der besonders die »Lernschwächeren« leiden. Sie verspricht wenig Neues, bekennt sich vor allem zur Implementierung und Weiterführung von bereits in der vergangenen Legislaturperiode angegangen Maßnahmen. Beispiele dafür sind das in der Corona-Pandemie initiierte Unterstüt-

zungsprogramm⁴, das kürzlich ins Leben gerufene Bund-Länder-Programm »Schule macht stark«⁵ zur Unterstützung von Schulen in sozial schwierigen Lagen, den weiteren Ausbau von Kitas oder die Weiterführung der Qualitätsoffensive in der Lehrerbildung. Wie die Grünen, bekennt sich die Union zum Erhalt des Bildungsföderalismus. Im sprachlichen Bereich sieht die CDU/CSU ähnlich wie die FDP die Notwendigkeit zur Durchführung von Sprachtests vor der Einschulung gegeben – will bei Förderbedarf aber auch Sprachförderung anbieten und dafür unter anderem das Bundesprogramms »Sprach-Kitas« unterstützen (alle Zitate dieses Absatzes aus dem Wahlprogramm der CDU/CSU 2021).

5.4 Wie konkret sind die Versprechen?

Neben diesen inhaltlichen Differenzen spielt bei der Betrachtung der Programmatik auch eine Rolle, wie viele Versprechen die Parteien geben und wie konkret diese sind. Wie Tabelle 5.2 zeigt, unterscheiden sich die Parteien tatsächlich hinsichtlich der Anzahl und des Grades der Konkretheit ihrer Versprechen. In Bezug auf die Gesamtanzahl der Versprechen machen die Grünen mit 51 Versprechen die meisten Versprechen und Die Linke knapp ein Sechstel weniger (43). Die anderen Parteien machen im Vergleich zu den Grünen weniger als die Hälfte der Versprechen. Bei der SPD und der FDP sind es 24, bei der AfD 17 und bei der CDU/CSU 16.

4 »Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche« in Höhe von zwei Milliarden Euro in den Jahren 2021/2022, siehe Bundesregierung 2021.

5 Die Initiative mit insgesamt 125 Millionen wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert. Sie wurde 2019 von Bund und Ländern beschlossen und ist auf zehn Jahre angelegt, siehe BMBF 2021.

Tabelle 5.2: Grad der Konkretheit der Versprechen der Parteien zum Politikziel Bildungsgerechtigkeit

Wahl- programme	Anzahl Versprechen zur Bildungs- gerechtigkeit	Versprechen					
		rhetorisch		vage		konkret	
		N	%	N	%	N	%
SPD	24	8	33	7	29	9	38
CDU/CSU	16	5	31	8	50	3	19
B90/Die Grünen	51	27	53	17	33	7	14
FDP	24	6	25	6	25	12	50
AfD	17	3	18	7	41	7	41
Die Linke	43	12	28	12	28	19	44

Anmerkung: Bei den Prozentangaben handelt es sich um Zeilenprozente. Sie geben an, wie groß der Anteil rhetorischer, vager und konkreter Versprechen an allen Versprechen zum Politikziel Bildungsgerechtigkeit im jeweiligen Wahlprogramm ist.

Auch bei der Konkretheit der Versprechen gibt es beachtliche Unterschiede zwischen den Parteien. Ein Beispiel für eine rhetorische Zusage ist etwa folgendes Versprechen aus dem Programm der Partei Die Linke: »Bildung ist mehr als die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Der Trend zur immer stärkeren Ökonomisierung von Bildung muss gestoppt werden.« Hier positioniert sich Die Linke zwar gegen die Ökonomisierung, aber es bleibt komplett offen, was die genauen Ziele sind oder welche konkreten Maßnahmen in Angriff genommen werden sollen. Ein vages Versprechen ist zum Beispiel: »Wir unterstützen das Bundesprogramm ›Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist‹ und wollen die sprachliche Bildung in diesem Bereich weiter fördern.« Dieses vage CDU/CSU-Versprechen bezieht sich zwar auf ein bereits vorhandenes Programm, aber es bleibt unklar, wie und in welcher Höhe hier genau gefördert werden soll – und ob es zu einer Erhöhung der Förderung kommen soll. Während bei vagen und besonders bei rhetorischen Versprechen nicht eindeutig ist, wann genau von einer Umset-

zung gesprochen werden kann, lässt sich dies bei konkreten Versprechen genau bestimmen. Beispiel für ein solches konkretes Versprechen aus dem FDP-Programm ist die Forderung, »Ein Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen zusätzlich in Bildung [zu] investieren«.

Bei der FDP ist der Anteil konkreter Versprechen mit 50 Prozent am höchsten – danach folgt Die Linke mit 44 Prozent. Die AfD (41 Prozent) und die SPD (38 Prozent) landen auf Platz drei und vier. Bei der Union (19 Prozent) und bei den Grünen (14 Prozent) ist der Anteil konkreter bildungspolitischer Versprechen am geringsten. Rhetorische Versprechen stellen bei allen Parteien einen nicht geringen Anteil dar: zwischen 18 Prozent bei der AfD und 53 Prozent bei den Grünen.

Wie ist es einzuordnen, dass konkrete Versprechen im Bildungsbe- reich gemacht werden? Ganz allgemein sind konkrete Versprechen ein Zeichen für die Bedeutung eines Politikziels und auch für die Ernsthaftigkeit, mit der eine Partei ein bestimmtes Politikziel angeht. Anderer- seits stellt sich im Bildungsbereich die Länderkompetenz als eine be- sondere Herausforderung dar. Nach derzeitigem Stand ist es aufgrund der fehlenden Zuständigkeit nicht möglich, bestimmte bildungspoliti- sche Versprechen auf der Bundesebene zu erfüllen, wie zum Beispiel die FDP-Forderung nach der Vereinheitlichung des Abiturs und der Mitt- leren Reife oder der Forderung der Partei Die Linke, das Schulsystem im Sinne einer »Schule für alle« zu vereinheitlichen. Allerdings fordern beide Parteien auch die Abschaffung des Kooperationsverbots und ei- ne Änderung des Grundgesetzes, sodass der Bund im Bildungsbereich mehr Zuständigkeiten bekäme. Eine solche Änderung des Grundgeset- zes bedürfte allerdings einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag – es ist mehr als fraglich, ob ein solches Unterfangen derzeit Aussicht auf Er- folg hätte. Somit lässt sich die Zurückhaltung mancher Parteien, kon- krete bildungspolitische Versprechen zu machen, auch dahin deuten, dass hier die Zuständigkeit der Länder, die etwa aus Sicht von CDU/ CSU und Grünen unangetastet bleiben soll, nicht in Frage gestellt wer- den soll.

5.5 Wo herrscht Konsens, wo Konflikt?

Auch wenn bei Fragen der Bildungsgerechtigkeit die Länder mitzure- den haben, spielt das Politikziel für die Bundesparteien und für poten- tielle Koalitionen doch eine zentrale Rolle – das hat schon allein der

beachtliche Anteil des Politikziels in den Wahlprogrammen gezeigt. Einerseits zeigen sich bei diesem Politikziel unterschiedliche Positionen und anvisierte Maßnahmen, andernteils gibt es aber durchaus inhaltliche Überschneidungen zwischen verschiedenen Parteien und damit Potential für Kooperation. Wie schaut es nun ganz konkret aus? Zwischen welchen Parteien zeigen sich gleiche bzw. ähnliche und wo werden gegensätzliche Zielsetzungen sichtbar?

Tabelle 5.3: Anzahl gleicher oder ähnlicher Zielsetzungen in den Wahlprogrammen zur Bildungsgerechtigkeit

	SPD	CDU/ CSU	B90/Die Grünen	FDP	AfD	Die Linke	Insgesamt^a
SPD	-	0	7	2	0	9	11
CDU/CSU		-	1	2	0	0	3
B90/Die Grünen			-	2	0	7	10
FDP				-	1	1	6
AfD					-	0	2
Die Linke						-	12

^a Diese Spalte gibt an, für wie viele Versprechen einer Partei gleiche oder ähnliche Zielsetzungen zu anderen Parteien berechnet werden konnten. Da sich auf Basis eines Versprechens gleiche oder ähnliche Zielsetzungen mit mehreren Parteien ergeben können, ist diese Zahl kleiner als die Summe gleicher oder ähnlicher Zielsetzungen mit den einzelnen Parteien.

Tabelle 5.3 listet die Anzahl der Überschneidungen zum Politikziel Bildungsgerechtigkeit auf, zu denen mindestens eine Partei ein konkretes Versprechen formuliert hat. Besonders zwischen Die Linke und der SPD (neun Versprechen) sowie zwischen den Grünen und der SPD und den Grünen und Die Linke (jeweils sieben Versprechen) gibt es große inhaltliche Überschneidungen. Das zeigt sich zum Beispiel beim Thema Kindergeld und Kindergrundsicherung (Tabelle A5.1 im Anhang). Die Linke, Grüne und SPD wollen alle eine Erhöhung und einen Zuschlag für einkommensschwache Familien – wobei Die Linke die höchsten Be-

träge nennt und bei den Grünen offenbleibt, wie hoch die Beiträge sein sollen. Gleiche bzw. ähnliche Zielsetzungen zwischen den drei Parteien zeigen sich weiterhin beim Ganztagsangebot und der Forderung nach einer Offensive, um mehr Lehrkräfte und pädagogisches Personal, wie Schulsozialarbeiter:innen, einzustellen. Sowohl Die Linke als auch die SPD haben sich darüber hinaus in vagen oder konkreten Versprechen dahingehend geäußert, dass es bei der Vergabe von Bundesmitteln einen Sozialindex geben soll, Kitas beitragsfrei mit einer kostenfreien Verpflegung sein sollen und Schüler:innen kostenloses Schulessen sowie kostenlose öffentliche Transportmittel brauchen. Die Linke und Grüne sind sich darin einig, dass es einen besseren Betreuungsschlüssel in der Kita braucht.

Aber auch bei der FDP gibt es Kooperationspotentiale mit verschiedenen Parteien. So gibt es gleiche bzw. ähnliche Zielsetzungen bei je zwei Versprechen mit der Union, der SPD und den Grünen. Eine zumindest partielle Überschneidung zwischen den drei Parteien FDP, Grüne und SPD gibt es beim Thema Digitalisierung an Schulen, denn alle drei Parteien fordern eine Weiterführung oder -entwicklung des DigitalPakts für Investitionen in die digitale Infrastruktur von Schulen. Auch bei der Neugestaltung des Kindergelds in Hinblick auf eine Bündelung unterschiedlicher Leistungen zeigt sich Kooperationspotential zwischen FDP, Grünen und SPD. Während die SPD beim neuen Kindergeld eine Bündelung des Kinderfreibetrags und bisherigen Leistungen anstrebt, will die FDP ein Kinderchancengeld einführen, das neben dem Grund- und Flexibetrag auch ein nicht-materielles Chancenpaket beinhaltet. Die Grünen wollen eine Bündelung von Kindergeld, Kinderfreibeträgen und Kinderzuschlag. Eine Überschneidung zwischen FDP und Union, die ebenfalls das Kindergeld betrifft, zeigt sich bei der Forderung nach einer Modifizierung des Beantragungsmodus (die Ermöglichung einer digitalen Beantragung).

Zwischen den anderen Parteien zeigen sich maximal bei einem Versprechen Überschneidungen: zwischen Die Linke und der FDP zur Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern durch eine Grundgesetzänderung, zwischen Union und FDP hinsichtlich der Forderung nach verbindlichen Sprachtests vor der Einschulung und schließlich zwischen AfD und FDP bezüglich des Erhalts, beziehungsweise der Rückkehr zum differenzierten Schulsystem.

Tabelle 5.4: Anzahl gegensätzlicher Zielsetzungen in den Wahlprogrammen zur Bildungsgerechtigkeit

	SPD	CDU/ CSU	B90/Die Grünen	FDP	AfD	Die Linke	Insgesamt ^a
SPD	-	0	1	0	3	0	3
CDU/CSU		-	0	1	1	1	2
B90/Die Grünen			-	1	4	0	4
FDP				-	2	1	4
AfD					-	5	7
Die Linke						-	6

^a Diese Spalte gibt an, für wie viele Versprechen einer Partei gegensätzliche Zielsetzungen zu anderen Parteien berechnet werden konnten. Da sich auf Basis eines Versprechens gegensätzliche Zielsetzungen mit mehreren Parteien ergeben können, ist diese Zahl kleiner als die Summe der gegensätzlichen Zielsetzungen mit den einzelnen Parteien.

Neben den aufgezeigten Überschneidungspotentialen gibt es aber auch gegensätzliche Zielsetzungen, wie aus Tabelle 5.4 ersichtlich wird. Besonders groß sind die gegensätzlichen Zielsetzungen zwischen der AfD und Die Linke. Die AfD liegt aber auch mit den anderen Parteien im Konflikt: das zeigt sich mit den Grünen bei vier, mit der SPD bei drei, mit der FDP bei zwei und mit der Union bei einem Versprechen. So sagt die AfD etwa, dass es beim Kindergeld keine Änderung geben soll, außer dass Missbrauch geahndet wird – mit dieser Position steht sie ziemlich allein da. Bei den anderen Parteien gibt es maximal bei einem Versprechen gegensätzliche Zielsetzungen, zum Beispiel bekennt sich die CDU/CSU klar zum Erhalt des Bildungsföderalismus und ist damit im Konflikt mit FDP und Die Linke.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Potentiale für die Zusammenarbeit beim Politikziel Bildungsgerechtigkeit zwischen verschiedenen Parteien gegeben sind. Alle Parteien (bis auf die AfD) sehen die Notwendigkeit, soziale Benachteiligung durch Fördermaßnahmen zu beseitigen – wenn auch in unterschiedlichem Maße. Besonders zwischen der SPD, Die Linke und den Grünen gibt es bei vagen und

konkreten Versprechen große inhaltliche Überschneidungen. Aber auch für die FDP gibt es an einigen Stellen Kooperationspotential mit unterschiedlichen Parteien. Die Union hat zwar kaum direkte Überschneidungen, aber durch ihre oft unkonkreten Versprechen ergeben sich theoretisch Kooperationspotentiale mit verschiedenen Parteien. Bei der AfD ist die Relation zu den anderen Parteien vor allem durch gegensätzliche Zielsetzungen geprägt.

